

Scholz hat gute Gründe

Kolumne: „Zeitenwende rückwärts“, FR-Meinung vom 17. Juni

Die „typisch deutsche, medial mutwillig angefeuerte Debatte“ gibt es nicht nur bezüglich des Kriegs. Als mutwillig angefeuert erscheint mir auch das aus verschiedenen Ecken laute Gemöhre um den Politikstil des Bundeskanzlers. In ihrem Lied „Wer nicht verrückt wird, der ist nicht normal“ singt Hildegard Knef schon 1974: „Und die Erfahrung bringt man niemals/ an den Mann, an die Frau, / und der Weise spricht meist leise/ und auch ungenau“.

Mit gutem Grund agiert der Bundeskanzler auf seine Art und achtet im Unterschied zu manch anderen Politiktreibenden seinen Amtseid als handlungsleitende Instanz. Auch die fahrlässige, weil verhängnisvoll wirkende Rede von der „Ampelkoalition“ wird immer neu befeuert. „Ampel“ knüpft an Bilder des auto-dominierten Straßenverkehrs an, den stärksten Abwehrmechanismus der Deutschen: „Ich will so bleiben, wie ich bin“ – und „Ampel“ flüstert „Du darfst“, weil das Bild nicht stimmt und „Gelb“ darin einen Rangplatz bekommt, der ihm nach dem Ergebnis der jüngsten Bundestagswahl nicht zusteht. Joachim Faber, Karlsruhe

Tankrabbat ist FDP-Idee

Tankrabbat: „Gescheiterte Entflechtung“, FR-Wirtschaft v. 29.6.

Herr Bontrup schreibt, dass „ein Wirtschaftsminister“ eigentlich wissen sollte, dass Senkungen indirekter Steuern nicht nur kleine und mittlere Einkommen entlasten, sondern immer auch die hohen. Den Tankrabbat hat ja wohl die FDP zu verantworten. Herr Lindner (Finanzminister, FDP) hat das initiiert. Es ist wohl hinlänglich bekannt, dass die Klientelpolitik der FDP sich nicht für kleine und mittlere Einkommen interessiert. Ganz im Gegenteil. Thomas Nestinger, Bad Honnef

Tragische Situation

USA: „Tote nach Angriff mit Schusswaffe“, FR-Politik vom 5. Juli

Schnellfeuerwaffen etc. gehören nicht in die Hände von Privatpersonen, egal welchen Alters! Das sehen die Republikaner ganz anders. In den USA gibt es sage und schreibe 129.817 Waffengeschäfte! Tankstellen: 143.849. Seit 1968 sind mehr als 450.000 US-Bürger durch Schusswaffen ums Leben gekommen, mehr als im Vietnamkrieg. Das sind furchtbare Zahlen. Da aber zu viele US-Politiker Marionetten der Waffenindustrie sind, wird sich an dieser tragischen Situation nichts ändern. Helmut Freudenthal, Kiel



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/fz20220706

FR ERLEBEN

Bernd Hontschik präsentiert sein Buch „Heile und herrsche. Eine gesundheitspolitische Tragödie“ im Autorenforum der Pforzheimer Zeitung. Nach der Lesung gibt es eine Diskussion. Eintritt 10,50 Euro. Reservierung unter 07231-933125 oder online unter www.pz-forum.de.
Donnerstag, 14. Juli, 19 Uhr
PZ-Forum, Ecke Post-/Luisenstraße, Pforzheim

Pitt von Bebenburg und **Hanning Voigts** moderieren das FR-Stadtgespräch zum Thema „Zwei Jahre nach Hanau. Kampf dem rassistischen Terror“. Auf dem Podium diskutieren Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), der Fraktionschef der Grünen im hessischen Landtag Mathias Wagner, Armin Kurtović, Vater des ermordeten Hamza Kurtović, und Newroz Duman von der Initiative 19. Februar Hanau. Stream auf fr.de/eventvideo
Freitag, 15. Juli 2022, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

In einer Zeit der maßlosen Preissteigerungen

Konzertierte Aktion: „Eine Idee mit langer Geschichte“ u. „Kritik an Heils Klimageld“, FR-Wirtschaft vom 5. Juli und 30. Mai

Mit Lindner gibt es keine gerechte Steuerpolitik

So, die „Konzertierte Aktion“ hat nach 50 Jahren eine Neuauflage erfahren. Diese politische Aktion, um die Gewerkschaften in Regierungspolitik einzubinden, ist ein Irrweg! Zwar haben die DGB-Vorsitzende und der Arbeitgeberpräsident erklärt, Tarifpolitik werde in Verhandlungen gemacht und nicht im Kanzleramt. Warum dann der Fototermin in Berlin? Wie man sehen konnte, war auch die „ABS-Reformbremse“ Lindner mit von der Partie. Deswegen wurde wohl auch eine gerechte Steuerpolitik ausgeklammert.

Um jedoch wirkliche Reformen hin zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit in dieser Zeit der maßlosen Preissteigerungen einzuleiten, ist zuerst mal die Wiedereinführung der Vermögenssteuer unerlässlich. Mit Lindner und seiner FDP ist das unmöglich.

Der DGB und seine Gewerkschaften sind nicht politisch neutral – aber sie müssen zwingend politisch unabhängig sein. Die Teilnahme an dem Termin im Kanzleramt hat dazu nicht beigetragen und lässt erneut Zweifel daran aufkommen.

Gewerkschaftliche Stärke und Kampfbereitschaft ist gegenwärtig erforderlicher denn je. Sie muss die Antwort auf die Krisen in allen Bereichen unserer Gesellschaft sein. Dazu gehört auch, wenn es nützt, der politische Streik!

Dieter Hooge, Frankfurt

Benötigt wird eine Politik des sozialen Ausgleichs

Der sozialdemokratische Arbeitsminister Hubertus Heil schlägt einen richtigen und wichtigen Schritt in die richtige Richtung ein, wenn er ein jährliches Klimageld für Bezieherin-

nen und Bezieher niedriger und mittlerer Löhne und Gehälter sowie Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung und hoffentlich auch Rentnerinnen und Rentner vorschlägt. Die SPD ist gefordert und darf nicht weiter zulassen, dass die Neoliberalen in der FDP gerade in der Sozialpolitik dominierend sind und die notwendige sozialdemokratische Handschrift in diesem Bereich bis zur Unkenntlichkeit verstümmeln.

Das „sozialdemokratische Jahrzehnt“ wird nicht zustande kommen, wenn gerade eine Politik des sozialen Ausgleichs, die insbesondere durch die hohe Inflation notwendiger denn je ist, nicht konsequent betrieben wird. Viele Menschen haben das dringende Bedürfnis, in diesen schweren Zeiten vom Staat in Schutz genommen zu werden. Die Frage der Kompensation des reduzierten Lebensstandards und die Angst vor Armut muss dringend angegangen werden. Gerade die SPD muss sich wieder spürbar als „Schutzmacht der kleinen Leute“ zeigen, wie es einst der große Sozialdemokrat Johannes Rau formulierte.

Manfred Kirsch, Neuwied

Wir pflegen einen überdehnten Lebensstil

Wie schizophrene unsere verwöhnte Wohlstandsgesellschaft beim Thema Energie ist, zeigt sich an zwei Berichten in der FR vom 30. Juni. Auf S. 14 werden wir im Artikel „Jede eingesparte Kilowattstunde zählt“ mit Ratschlägen überhäuft, wie sich bei unserem Energieverbrauch Einsparpotenziale heben lassen. Auf der Folgeseite lesen wir dann, dass die Bundesregierung dem Abfertigungschaos an Deutschlands Flughäfen durch die Rekrutierung von ausländischen Hilfskräften, vornehmlich Türken, Herr werden will. Sie leistet

damit aktiv Beihilfe zur Energieverschwendung, weil Millionen Tonnen Kerosin für meist überflüssige Urlaubsflüge verplempert werden. Vom gleichzeitig emittierten CO₂ und Ultrafeinstaub noch gar nicht zu reden.

Zudem sind die Flughafenbetreiber an den chaotischen Zuständen überwiegend selbst schuld. So trennte sich Fraport von über 4000 Beschäftigten, der angeblich „wichtigsten und wertvollsten Ressource unseres Unternehmens“. Gleichzeitig wurde am Terminal 3 weiter gewerkelt, weil man, so Vorstandschef Schulte, die Zusatzkapazitäten ja brauche, wenn der Luftverkehr wieder anziehe. Dass die gleiche Begründung auch für das Personal gilt, dämert den Verantwortlichen offensichtlich erst jetzt, wo sie mit Prämien händeringend Ersatz auf dem leergefegten Arbeitsmarkt suchen.

Wenn die Coronapandemie eines gezeigt hat, dann die Krisenanfälligkeit des Geschäftsmodells der Luftverkehrswirtschaft, denn auf das Gesundheits-, klima- und umweltschädliche Fliegen können die Menschen, wenn es sein muss, jederzeit verzichten, weil es zum großen Teil ja gar nicht notwendig ist, sondern nur das Sahnehäubchen auf unserem ohnehin bereits überdehnten Lebensstil.

Hans Schinke, Offenbach

Sparen muss belohnt werden

Sparen rettet nicht das Klima, auch das Tempolimit auf Autobahnen beschränkt die individuelle Freiheit. Sparen ist keine moralische Tugend, sondern muss belohnt werden. Die Zeiten des Überflusses sind vorbei, das gilt für Wasser, Energie, Nahrung. Die Zeitenwende hat auch hier bereits begonnen.

Thomas Bartsch-Hauschild, Hamburg

Selbstbestimmung am Lebensende

Sterbehilfe: „Das Denkkorsett ablegen“, FR-Meinung vom 24. Juni

Das Thema Sterbehilfe ist äußerst komplex und in sämtlichen Medien lautstark und kontrovers diskutiert worden. Der Begriff ist unscharf. Ist eine Hilfe beim Sterben, im Sinne des menschlichen Bestands und fürsorglicher Palliativmedizin oder eine Hilfe zum Sterben gemeint? Hilfe zum Sterben ist als assistierter Suizid bzw. Suizidhilfe zu bezeichnen.

Beim ärztlich assistierten Suizid (Suizidhilfe) verschreibt ein Arzt dem frei verantwortlichen Patienten ein letales Medikament (z.B. Natrium-Pentobarbital), welches dieser zu einem von ihm gewählten Zeitpunkt selbst einnehmen kann (aber nicht muss!). Das Verfassungsgericht fordert im „Sterbehilfe“-Urteil vom 26.2.2020 die Neuregelung der Suizidassistenz, eine konkrete Ausgestaltung des Berufsrechts für Ärzte und Anpassungen des Betäubungsmittelrechts. Ärzten muss erlaubt

sein, Natrium-Pentobarbital zur oralen Selbsttötung zu verschreiben – derzeit in Deutschland nicht möglich. Der ärztlich assistierte Suizid sollte begrenzt sein auf Menschen mit schweren und unheilbaren Erkrankungen und einer Lebenserwartung von weniger als sechs Monaten. Am ehesten ist der vorliegende Gesetzentwurf von Katrin Helling-Plahr et al. zu akzeptieren.

Der Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung ist zwingend notwendig. Unheilbar und schwer erkrankte Menschen werden von palliativmedizinischen Einrichtungen betreut und sind sehr gut symptomkontrolliert. Ab einem bestimmten Stadium können aber gewisse Patienten nicht mehr Ja zum Leben bzw. Leiden sagen, sondern wollen dieses selbstbestimmt beenden, im Kreis der Familie und in häuslicher Umgebung zu dem Zeitpunkt, den sie sich wünschen. Selbstbestimmung

am Lebensende. Für diese Gruppe ist das Einrichten einer Beratungsstelle völlig sinn- und würdelos. Wenn schwerstkranken Menschen mit unheilbarer Erkrankung nicht mehr weiterleben wollen, müssen wir diese selbstbestimmte Entscheidung respektieren. Es kann keinen Zwang zum Weiterleben geben. Über ein würdiges Sterben, den eigenen Tod, hat ein jeder von uns seine eigenen Vorstellungen.

Absolut getrennt vom Wunsch nach assistiertem Suizid sind Suizide zu sehen. Im Jahr 2020 nahmen sich 9206 Menschen in Deutschland das Leben, die Zahl ist erfreulicherweise deutlich rückläufig. Hauptgrund ist die Vereinsamung im höheren Lebensalter. Betagte Mitbürger sind durch die geforderte Suizidprävention kaum zu erreichen, es ist eine enorme politische und vor allem gesellschaftliche Herausforderung.

Dr. Matthias Salefsky, Aschaffenburg